

Munich Security Brief

Die Möglich- macher-Macht

Deutschlands europäischer Imperativ

Juli 2020

Deutsche Fassung von „The Enabling Power. Germany's European Imperative“

Die Möglich-Macher-Macht

Deutschlands europäischer Imperativ

Tobias Bunde und Sophie Eisentraut

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie begründet die wahrscheinlich schwerste Herausforderung für das Überleben der EU, wie wir sie kennen. Das schiere Ausmaß ihrer wirtschaftlichen und politischen Folgen bedeutet, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht einfach zu ihrer gewohnten Art des inkrementellen Krisenmanagements zurückkehren können. Allein wird Deutschland die EU nicht retten können. Aber die Zukunft der europäischen Integration hängt mehr denn je von deutscher Führung ab. In vielen Teilen Europas gilt Deutschland seit langem als die „unverzichtbare Macht“ der EU. Die Deutschen sollten sich daher dem „europäischen Imperativ“ verpflichten: Sein Handeln in den kommenden Monaten sollte Deutschland vor allem danach bewerten, ob es die Fähigkeit der EU stärkt, sich wirtschaftlich und politisch zu erholen, und ob es die EU in die Lage versetzt, zu einem glaubwürdigeren internationalen Akteur zu werden, der in der Lage ist, seine Werte, seine Interessen und seine Souveränität in einem zunehmend rauen Sicherheitsumfeld zu schützen.

Seit etwa einem Jahrzehnt befindet sich die EU in einem dauerhaften Krisenmodus. Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die Euro-Architektur in Frage und löste bis heute andauernde Debatten über nationale fiskalische Verantwortung und europäische Solidarität aus. Der Krieg in Syrien zeigte, dass Europa nicht in der Lage war, einen Konflikt vor den Toren Europas zu beenden, der Hunderttausende das Leben kostete und zu großen innereuropäischen Spannungen führte, nachdem immer mehr Flüchtlinge nach Europa kamen. Der Krieg in der Ukraine machte deutlich, dass militärische Gewaltanwendung kein Phänomen der Vergangenheit ist, und entblößte den teils desaströsen Zustand der europäischen Streitkräfte.¹ Er offenbarte zudem, dass Europa ohne die Unterstützung der USA nicht in der Lage wäre, sich gegen eine größere militärischen Aggression zu verteidigen.² Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, machte die Annahme obsolet, die europäische Integration sei eine Einbahnstraße, die unweigerlich auf eine „immer engere Union“ hinführte. In den meisten EU-Mitgliedstaaten haben nationalistische und populistische Kräfte Sitze im Parlament erobert und die Grenzen des politischen Diskurses verschoben. In einigen Ländern, in denen sie in der Regierung sitzen, haben sie europäische Grundwerte ausgehöhlt und die Rechtsstaatlichkeit untergraben – und der EU fällt es bis heute schwer, darauf zu antworten. Obgleich diese Krisen unterschiedliche Ursachen besitzen, haben sie sich doch oft gegenseitig verstärkt und den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, dazu verleitet, von Europas „Polykrise“ zu sprechen.³

Mehr als nur ein weiteres Teilchen in der europäischen „Polykrise“

Die Corona-Pandemie ist jedoch mehr als nur ein weiteres Teilchen in dieser Polykrise. Mit ihr sind die Gefahren für die Einheit Europas gewachsen und sie hat globale Entwicklungen verstärkt, die europäische Handlungsfähigkeit verlangen, aber auch vor große Herausforderungen stellt. Somit steht die EU an einer kritischen Wegmarke.⁴ [Die Entscheidungen, die europäische Akteure in den kommenden Wochen und Monaten treffen, dürften die Entwicklung des europäischen Projekts auf lange Sicht prägen:](#) „Wie die EU von heute mit der Krise umgeht, wird die Union von morgen bestimmen. Wenn sich nationalistische Antworten durchsetzen, wird der Nationalismus auch allgemein erfolgreich sein – und das europäische Projekt akut bedrohen.“⁵ Das ist der Albtraum, den Deutschland um jeden Preis verhindern muss.

Dafür muss Deutschland jedoch einen Gang hochschalten. Das Ausmaß der politischen und ökonomischen Pandemiefolgen macht es unmöglich, Krisenmanagement auf die gewohnte – und von Europa wie Deutschland bislang bevorzugte – Weise zu betreiben: technokratische, kleinteilige und inkrementelle Kriseneindämmung statt nachhaltiger Krisenlösung. Denn die „fragilen institutionellen Kompromisse“⁶ der letzten Jahre geraten unter dem Eindruck der Pandemie zunehmend ins Wanken. Und angesichts des von COVID-19 verursachten Leids wird Krisenmanagement, das auf starke Signale der Solidarität

verzichtet und erlaubt, dass „wieder einmal die Technik die Politik überlagert“⁷, zu einer Gefahr für das gesamte europäische Projekt.

Glücklicherweise fungierte die Pandemie aber auch als Weckruf für die deutschen Eliten, indem sie die deutsche Abhängigkeit von Europa in den Fokus rückte. „Denn wir wissen, dass es auch Deutschland auf Dauer nur dann gut geht, wenn es auch Europa gut geht“, hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel jüngst fest.⁸ Das mag zunächst als gewöhnliche deutsche EU-Rhetorik anmuten. Im Zuge der Pandemie aber hat diese Beobachtung den Charakter einer kollektiven Erkenntnis angenommen: Ohne ein starkes Europa – ein Europa, das einig, wirtschaftlich stark und im Angesicht globaler Krisen handlungsfähig ist – werden Deutschlands Wohlstand, Deutschlands Sicherheit und Deutschlands Möglichkeiten, globale Probleme zu lösen, rapide abnehmen.

„Unser stärkstes, unser elementarstes nationales Interesse“

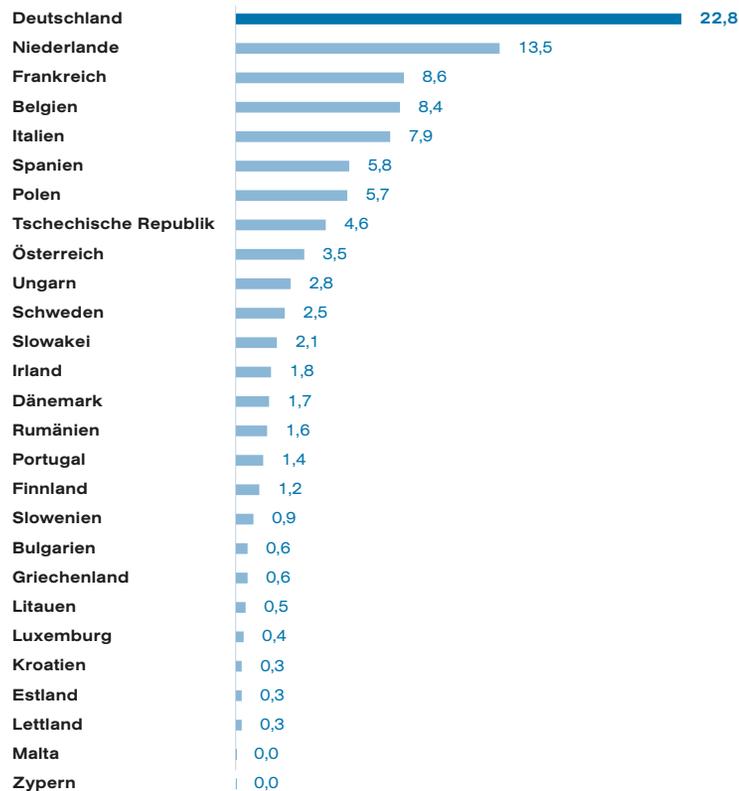
Neuere Studien verdeutlichen, in welchem Maße Deutschland direkt von der europäischen Integration profitiert. Sie zeigen, dass Deutschland einer der größten Nutznießer der gemeinsamen Währung und des Binnenmarktes ist.⁹ Auf Deutschland entfällt mehr als ein Fünftel der Exporte innerhalb der EU (→ siehe Abbildung 1). Und der uneingeschränkte Handel mit seinen europäischen Partnern erhöht das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen um etwa 1.000 Euro pro Jahr.¹⁰ Das heutige Deutschland ist ausschließlich von befreundeten Staaten umgeben. Die meisten von ihnen sind der NATO und der EU beigetreten, den für Deutschland wichtigsten (sicherheits-)politischen Institutionen. Deutschland hat sich so sehr an dieses Privileg gewöhnt, dass es manchmal zu vergessen scheint, dass Stabilität und Frieden in Europa nicht immer der Normalzustand waren – und nicht alle europäischen Partner Deutschlands die gleiche Sicherheit empfinden.

„Europa ist für Deutschland eben nicht nur ‚nice to have‘ und nicht nur wichtig, wenn andere Partnerschaften verblassen. Es ist unser stärkstes, unser elementarstes nationales Interesse.“¹¹

Frank-Walter Steinmeier,
Münchener
Sicherheitskonferenz,
14. Februar 2020

Die indirekte Abhängigkeit Deutschlands von Europa ist nicht weniger eindrücklich: Ohne die Hebelwirkung der EU – des größten Wirtschaftsraums der Welt mit etwa 450 Millionen Menschen – wäre Deutschland gar nicht in der Lage, die offene, regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen oder mitzugestalten, der es einen Großteil seiner Sicherheit und seines Wohlstands verdankt. Ohne enge Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern wäre Deutschland den massiven Herausforderungen hilflos ausgeliefert, vor denen es gegenwärtig steht. Hierzu zählen der Klimawandel, Migration und ein immer härterer Wettbewerb mit illiberalen Großmächten. In einer Zeit, die aus der Sicht der Eliten in Moskau, Peking und Washington gleichermaßen im Zeichen verschärfter Großmacht Konkurrenz steht, bietet der Nationalstaat keine Zuflucht mehr – noch nicht einmal für den größten Mitgliedstaat der EU.

Abbildung 1: Warenexporte in andere EU-Mitgliedstaaten, 2019, prozentualer Anteil an gesamten Exporten innerhalb der EU



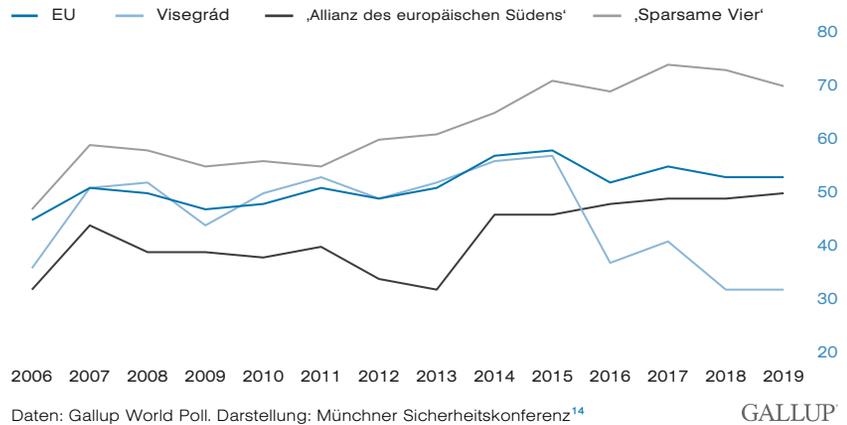
Daten: Eurostat. Darstellung: Münchner Sicherheitskonferenz¹²

Europas Schicksal in deutscher Hand?

Die EU blickt in den Abgrund – und ihre Mitgliedstaaten schauen auf Berlin. Ob sich die europäischen Volkswirtschaften von der Pandemie erholen, ob die EU auseinanderfällt oder vereint bleibt und ob Europa in der Lage ist, seine Fähigkeit zur Bewältigung globaler Bedrohungen zu stärken – vieles davon hängt von Entscheidungen ab, die in Berlin getroffen werden. Die deutschen Eliten und die deutsche Öffentlichkeit aber haben sich noch nicht daran gewöhnt, dass ihr Land zu einer zentralen Macht innerhalb der EU geworden ist. [Auch wenn Beobachter aus dem Ausland den Einfluss Deutschlands oft überschätzen, kann man guten Gewissens festhalten, dass für die Deutschen das Gegenteil gilt: Die Bedeutung ihres Landes verkennen sie in der Regel.](#) Sie sind erstaunt (und bisweilen auch etwas verängstigt) über die drastisch gewachsene Nachfrage nach deutscher Führung. Und sie sind verblüfft angesichts der Sorge vor deutscher Dominanz – vielleicht sogar der Furcht vor einer Rückkehr der „deutschen Frage“¹³ –, welche die massiven Erwartungen an Deutschlands für gewöhnlich begleiten. Denn das, was in einigen Staaten

als erfolgreiche deutsche Führung in Krisenzeiten gilt, wird in anderen Staaten eindeutig kritisch gesehen (→ siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Zustimmung zur Arbeit der Bundesregierung, 2006 – 2019, Prozent



In gewisser Weise ist die Herausforderung, vor der Deutschland jetzt steht – wenngleich auf viel niedrigerem Niveau – dieselbe, mit der die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten hadern: Wie viel Führung ist zu viel – und wie viel Führung ist wiederum nicht genug? Aus diesem Dilemma aber gibt es keinen Ausweg. Der Modus nahezu kontinuierlichen Krisenmanagements, in den sich Europa vor etwa zehn Jahren begab, hat die Nachfrage nach Führung in der EU deutlich gesteigert. Gewachsen ist der Bedarf an entschlossenem Handeln, wenn die europäischen Verträge keine eindeutigen Verfahren anbieten, an der Fähigkeit Brücken zu bauen, wenn die Gräben innerhalb der EU un- aufhörlich wachsen, und an der Bereitschaft, für Stabilität zu sorgen und jene öffentlichen Güter bereitzustellen, an denen es in Krisenzeiten mangelt.¹⁵

Doch das Angebot an Führung ist knapp. Nach Ansicht vieler Beobachter kommt Deutschland in Krisenmomenten eine Schlüsselrolle zu. Auf Deutschland entfällt mehr als ein Fünftel des BIP und die größte Bevölkerung der EU. Zudem ist die COVID-19-Pandemie nicht die erste Krise der jüngsten Zeit, die Deutschland bislang besser überstanden hat als viele seiner europäischen Partner. So hat die Finanzkrise Frankreich besonders hart getroffen und ein Ungleichgewicht im deutsch-französischen Motor geschaffen, unter dem auch Europa leidet. Und mit dem Brexit kehrt eine führende europäische Macht der EU nun einfach den Rücken.

Mit Macht und Einfluss geht auch Verantwortung einher. Doch allzu oft hat sich Berlin in den letzten Jahren damit begnügt, anderen zu sagen, was es nicht will. Die Regierung schien mehr damit beschäftigt, Vorschläge aus Paris und anderen Hauptstädten zu ignorieren oder abzuwehren, als eigene einzubringen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 – gefragt, ob er von den Deutschen frustriert sei – gab der französische Präsident Emmanuel Macron

„Dies ist nicht der Moment, um im Kleinen zu denken oder zu handeln. Sondern der Moment, um in ein ambitioniertes Europa zu investieren. [...] Deutschlands Rolle und Engagement waren immer ein Eckpfeiler der europäischen Integration; daher zählen wir darauf, dass Deutschland seine Rolle nun voll und ganz wahrnimmt [...]“¹⁶

Josep Borrell

Konferenz der Leiter der deutschen Auslandsvertretungen,
25. Mai 2020

zu, er sei „ungeduldig“, weil Berlin zu seinen EU-Reformvorschlägen schweige. Der tatsächliche oder vermeintliche Unwillen Deutschlands, Anregungen anderer aufzugreifen, ist aus Sicht vieler in Europa deshalb besonders problematisch, weil Berlin es bislang versäumt hat, eine eigene Vision für die Zukunft Europas zu entwickeln.

In Europa gilt Deutschland weithin als die „unverzichtbare Macht“ der EU.¹⁷ Es ist an der Zeit, dass Deutschland handelt und – statt sie zu behindern – jene Initiativen ermöglicht, die Europa dringend braucht. Kurz gesagt: Berlin muss proaktiver, visionärer und europäischer werden. Ein Deutschland, das es versäumt, eine aufgeklärte Führungsrolle zu übernehmen, das ambitionierte europäische Pläne verhindert oder allenfalls in Schneckentempo vorantreibt, wird die europäische Krise nur noch verstärken und riskiert damit die Existenz der EU.

Der europäische Imperativ

Laut Henry Kissinger sollten politische Entscheidungen von zwei Kernfragen geleitet werden: „Was versuchen wir zu erreichen?“ und „Was versuchen wir zu verhindern?“¹⁸ Für Deutschland sind die Antworten auf beide Fragen klar: Was wir um jeden Preis verhindern müssen, ist, dass Europa zerfällt und damit der Weg für die Rückkehr des Nationalismus geebnet wird, der im vergangenen Jahrhundert zweimal Krieg über den Kontinent brachte. Was wir erreichen wollen, ist ebenso klar: Wir wollen ein Europa, das in der Lage ist, sein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell in der Welt zu verteidigen.

Deshalb muss Deutschland jetzt einen „europäische[n] Imperativ“¹⁹ zur Grundlage seiner politischen Entscheidungen und seines Handelns machen. Dies erfordert, wie Außenminister Heiko Maas es kürzlich formuliert hat, „europäische Interessen als nationale Interessen zu begreifen, nationale Interessen auch europäisch zu denken – und natürlich auch entsprechend zu handeln.“²⁰ **All sein Handeln muss Berlin daran messen, ob es Europa hilft, sich von der Krise zu erholen und Europas Werte, Interessen und Souveränität in der Welt zu verteidigen.**

Leider ist Deutschland in den vergangenen Jahren nicht immer dem europäischen Imperativ gefolgt. Wie in anderen Hauptstädten auch dachte man in Berlin in den ersten Stunden der Pandemie eher national als europäisch.²¹ Dies führte zu Grenzschließungen und Exportverboten für medizinische Schutzausrüstung. Einige Wochen später aber bewies Deutschland europäische Solidarität, flog französische und italienische Corona-Patienten aus, um sie in deutschen Krankenhäusern zu behandeln, und spendete Beatmungsgeräte und viele Tonnen medizinischer Ausrüstung an betroffene europäische Länder.²² Vielleicht kann dieses verspätete, aber doch so wichtige europäische Engagement als ein Zeichen gelten, dass Berlin für ein „europäisches Deutschland“ eintreten will.

Europa zusammenhalten

Die Pandemie hat die bisherigen Pläne für die deutsche Ratspräsidentschaft obsolet gemacht. Im Zentrum der kommenden sechs Monate, so bewerten es deutsche Diplomaten, wird nun vor allem ein Ziel stehen: ein Auseinanderbrechen Europas zu verhindern.²³ Denn die Pandemie hat das Potenzial, die Gräben zwischen Europas besonders hart getroffenem Süden und den Staaten des Norden weiter zu vertiefen, Spannungen zu Themen wie Migration und Rechtsstaatlichkeit zwischen östlichen und westlichen EU-Mitgliedern zu schüren und Euroskeptiker überall in der EU weiter zu stärken. Zu diesen inneren Spannungen gesellen sich die Versuche externer Mächte – allen voran von Russland und China – die Pandemie auszunutzen, um die europäischen Gesellschaften noch weiter zu spalten.²⁴ Berlin muss mit allen Mitteln verhindern, dass Europa daran zerbricht.

Das größte Risiko bergen dabei die asymmetrischen wirtschaftlichen Kosten der Pandemie, die zu „langfristiger wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Ungleichheit“²⁵ in Europa zu führen drohen. Unter dem Eindruck der Krise und enttäuscht von der zunächst zurückhaltenden Unterstützung durch die EU und die europäischen Nachbarn, antworteten 52 Prozent der Italiener auf eine im März und April 2020 durchgeführte Umfrage, sie sehen China als „freundlicher Staat“ – Deutschland und Frankreich hingegen bezeichneten 45 Prozent und 38 Prozent, respektive, als „feindliche Staaten“.²⁶ Eine andere Umfrage aus dem April ergab, dass 49 Prozent der befragten Italiener die EU verlassen möchten.²⁷ Vor diesem Hintergrund warnen Beobachter zurecht: „Eine EU ohne Großbritannien ist denkbar, eine EU ohne Italien nicht.“²⁸

Was also muss Deutschland tun, um Europa zusammen zu halten? Welche Kosten, Risiken, und Kompromisse sind nötig, um die europäische Wirtschaft zu stabilisieren und sicherzustellen, dass sich alle EU-Mitgliedstaaten wirtschaftlich erholen? Diese Fragen verlangen eine offene gesellschaftliche Debatte – auch wenn sie angesichts gewachsener Politisierung von Europa-Fragen in Deutschland sicher nicht leicht wird. Im Zentrum müssen das Thema Solidarität und die Frage stehen, ob Europa wirklich eine „Schicksalsgemeinschaft“²⁹ ist. Eben jene Frage stellte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schon im Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Nachdem die Pandemie auch Europa mit voller Wucht getroffen hat, stellt sie sich mit besonderer Dringlichkeit.

Mit ihrem jüngsten Vorstoß zu einem EU-Wiederaufbaufonds hat Angela Merkel, gemeinsam mit Emmanuel Macron, eine erste Antwort auf die Solidaritätsfrage geliefert – eine Antwort, die nicht wenige als „historisch“³⁰ bezeichnen. Die Große Koalition in Berlin hat verstanden, was der italienische Premierminister Giuseppe Conte so eindrücklich formulierte: Europa schreibt „gerade Geschichte, kein Lehrbuch für Ökonomie“.³¹ Mit der deutsch-französischen Initiative bewies Berlin zudem endlich die Empathie, die es in früheren Krisen schmerzlich vermissen ließ.

Deutschland hat mit dem Vorstoß einen fundamentalen Richtungswechsel vollzogen. Es sollte diesen nutzen, um sich ein für alle Mal vom Mythos zu verabschieden, den Politiker, Journalisten und die Öffentlichkeit so gerne bemühen: Deutschland sei der „Zahlmeister“ Europas. Führende Staaten tragen nun einmal besondere Lasten – sie profitieren ja auch in besonderem Maße. Viel zu viele Artikel und Reden diskutieren aber den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt, ohne gleichzeitig zu erwähnen, wie stark Deutschland von der europäischen Integration profitiert. Die Kosten, die ein Zerfall Europas für Deutschland besäße, spielen darin schon gar keine Rolle. Dabei hat der Binnenmarkt die realen Einkommen der Deutschen 2018 – gegenüber dem Jahr 2014 – um fast 120 Milliarden Euro gesteigert, während Deutschland zwischen 2014 und 2018 jährlich vergleichsweise überschaubare 10 bis 15 Milliarden Euro netto in den EU-Haushalt einzahlte.³² Zwar sind solche Berechnungen immer mit Vorsicht zu genießen – das Bild, das sich hier abzeichnet, könnte aber deutlicher nicht sein: Für Deutschland überwiegen allein die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Integration deren Kosten um ein Vielfaches.

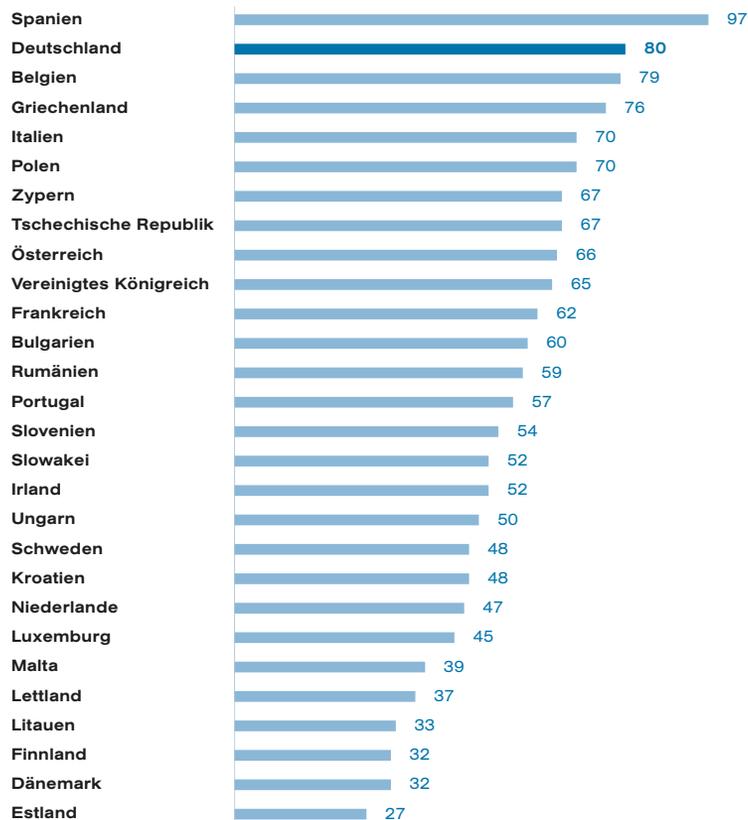
Führungsverantwortung zu übernehmen verlangt also ein neues Narrativ zu entwickeln, das der deutschen Bevölkerung klarer vermittelt, was Deutschland zur EU beiträgt und welche immensen Vorteile aus seiner Mitgliedschaft erwachsen. Nicht das „finanziell Unerwünschte“, das deutsche Politiker gerne in den Blick nehmen, muss dabei im Zentrum stehen, sondern das „politisch Notwendige“.³³ Was die wirtschaftliche Erholung Europas anbelangt, ist dies der Großen Koalition in Berlin gerade eindrücklich gelungen. In anderen Bereichen, in denen die Europäer uneins sind, darunter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist dieser Anspruch aber bislang nicht verwirklicht. Das liegt nicht in erster Linie an der deutschen Bevölkerung.³⁴ Interessanterweise scheint sich in dieser ein Generationenwandel zu vollziehen, wie ein neuer Bericht des Global Public Policy Institute zeigt: So zeichnet sich in der deutschen Bevölkerung ein Trend zur zunehmenden Bereitschaft ab, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Besonders deutlich ist diese Entwicklung bei den jüngeren Menschen zwischen 18 und 30.³⁵

Deutsche Politiker müssen aber nicht nur der eigenen Bevölkerung den Wert Europas besser erklären – sie müssen auch unter den europäischen Partnern um Vertrauen für Deutschland werben. Wenn es Deutschland gelingen soll, zwischen zutiefst unterschiedlichen europäischen Interessen zu vermitteln und jene nachhaltigen Kompromisse zu erwirken, die in Kernbereichen wie der Migrations- und Asylpolitik, der Klima- oder der Verteidigungspolitik nötig sind, dann muss es auch an seiner eigenen Glaubwürdigkeit arbeiten. Als ehrlicher Makler, der im gemeinsamen europäischen Interesse agiert, wird es nur dann wahrgenommen, wenn es mit ein paar Mythen gründlich aufräumt.

Während sich die Deutschen gerne für europäische Musterbürger und Vorbilder in Sachen Multilateralismus halten, sehen die europäischen Partner noch viel Spielraum nach oben. Sie verweisen auf Situationen, in denen Berlin unilateral und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner Partner handelte; in

denen es kurzfristige Eigeninteressen vor das europäische Gemeinwohl stellte; oder in denen es seinen Nachbarn nicht das Gefühl vermittelte, auf Augenhöhe mit Deutschland zu sprechen. Laut einer aktuellen Umfrage besteht eine beträchtliche Kluft zwischen der Selbstwahrnehmung der Deutschen als „solidarische Führungsnation“ in Europa und der Außensicht einiger Partner, die in Deutschland eher den „selbst-interessierten Hegemon“ sehen.³⁶ Und es sind nicht nur die europäischen Partner, die der deutschen Selbstwahrnehmung als pro-europäische Avantgarde widersprechen. Auch die Datenlage zeichnet ein anderes Bild: So zählt Deutschland nicht erst seit gestern zu jenen EU-Staaten, denen besonders viele EU-Vertragsverletzungsverfahren anhängen (→ siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Gesamtzahl EU-Vertragsverletzungsverfahren, 2018



Daten: Europäische Kommission. Darstellung: Münchner Sicherheitskonferenz³⁷

Der europäische Imperativ verlangt von Deutschland, die europäischen Folgen innenpolitischer Entscheidungen in Zukunft gründlicher zu bedenken, sich mit seinen europäischen Partnern enger abzustimmen und mit Blick auf die eigenen außenpolitischen Ziele größere Ehrlichkeit und Offenheit walten zu lassen.

Europas Handlungsfähigkeit stärken: Größer denken, Berlin!

Die Pandemie stellt aber nicht nur die europäische Einheit vor massive Herausforderungen. Wie die Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister Frankreichs, Deutschlands, Spaniens und Italiens kürzlich herausstellten, verstärkt COVID-19 bereits jetzt zahlreiche Krisen und Konflikte.³⁸ Der Bedarf an europäischer Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik steigt damit massiv. Europa kann seine Werte und Interessen aber nur dann wirksam verteidigen, wenn Deutschland den europäischen Imperativ ernst nimmt und in die Tat umsetzt.

„[...] Deutsche und Europäer müssen ihren Zusammenhalt und ihr strategisches Denken stärken, wenn sie nicht riskieren wollen, zum Anhängsel eines eurasischen Kontinents zu verkommen, der maßgeblich von Russland und China geprägt wird.“⁴²

Robert Zoellick
Financial Times,
29. Oktober 2019

Dafür muss es dem „kleinstaatlichen Denken“³⁹ der Vergangenheit zügig abschwören. Wenn Europa die „Sprache der Macht“⁴⁰ sprechen soll, wie es allseits gefordert wird, kann Deutschland nicht länger eine Politik verfolgen, die Brüssels Stimme dämpft, sondern muss jede Chance ergreifen, Europa als Megafon zu dienen. Bislang besteht ein Widerspruch zwischen dem deutschen Bedürfnis, Europa zu stärken, und dem häufigen Unvermögen der Deutschen, (geo-)strategisch und global zu denken. Besonders deutlich war dies im Rahmen der deutschen Debatte über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), in der kleinteilige innenpolitische Ziele geopolitische Fragen völlig überdeckten.⁴¹ Die Bedeutung TTIPs für das Ansinnen, transatlantische Prinzipien und Normen im globalen Wettbewerb mit illiberalen Staaten wie China zu stärken, spielte jedenfalls kaum eine Rolle. Auch die kürzlich wieder entflammte Debatte über die nukleare Teilhabe vermittelt den Eindruck, es gehe hier ausschließlich um nationale Bedenken und nicht etwa auch um Fragen von immenser Tragweite für die NATO und die euro-atlantische Sicherheit. Immer wieder schaffen es bedeutende Teile der deutschen politischen Elite, den globalen Nachhall ihrer Erwägungen schlicht zu ignorieren.

Es sieht alles danach aus, als müsse sich Europa künftig stärker in einem Umfeld bewähren, in dem Wirtschaftsbeziehungen ein Instrument geopolitischen Wettstreits sind. Deutschland jedoch scheint nur widerwillig bereit, seine wirtschaftlichen Beziehungen durch eine geopolitische Brille zu sehen. Wirtschaftliches Wachstum und Exportförderung werden dabei meist separat von nicht-wirtschaftlichen außenpolitischen Zielen betrachtet und ihnen oftmals vorgezogen. Da Deutschland sich längst von „jener säuberlichen strategischen Konstellation“⁴³ verabschieden musste, „in der die wichtigsten Handelspartner zugleich die wichtigsten strategischen Partner sind“⁴⁴, schadet diese Praxis nicht nur Deutschland, sondern schwächt auch Europa. Deutschlands China-Politik wird in dieser Hinsicht ein wichtiger Testfall dafür sein, wie ernst es Deutschland mit dem europäischen Imperativ meint.

Deutsche Politiker verweisen regelmäßig darauf, dass die wichtigsten Zukunftsthemen, darunter Klimawandel, Migration und technologischer Wettbewerb, nur mit einem starken Europa zu meistern sind. Dennoch zeigt sich Berlin oft widerwillig, seinen Ruf nach „mehr Europa“ mit den nötigen Ressourcen zu untermauern. Der europäische Imperativ verlangt ein Ende solch

„rhetorischer Akrobatik“⁴⁵. Die europäische Klimapolitik ist hierfür ein Paradebeispiel. Denn Klima- und Umweltschutz gelten zwar als zentrale Anliegen der deutschen Ratspräsidentschaft – wenn es aber darum geht, die für den „European Green Deal“ der EU-Kommission dringend benötigten Gelder bereitzustellen, zaudert Berlin.

Dabei ist die europäische Klimapolitik nicht das einzige Feld, in dem nicht politische Ziele und die Frage, wie diese am besten zu erreichen sind, die Debatte dominieren, sondern „Rechenschieberei“ und die Sorge um eine möglichst faire Lastenteilung.⁴⁶ Der europäische Imperativ verlangt eine Debatte, die konkrete europapolitische Ziele ins Zentrum der deutschen Debatte stellt – und für deren Erreichen dann auch ausreichend Ressourcen bereitstellt. Umfragedaten verdeutlichen, dass sich die Deutschen nicht nur eine aktivere deutsche Europapolitik wünschen (→ siehe Abbildung 4), sondern dass sie für konkrete europäische Projekte auch zu Mehrausgaben bereit sind – darunter insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Innovation.⁴⁷

Abbildung 4: Wie Deutsche die EU-Politik ihres Landes bewerten, 2020, Prozent



Daten: Heinrich Böll Stiftung/Das Progressive Zentrum. Darstellung: Münchner Sicherheitskonferenz⁴⁸

Europa ist nur dann in der Lage, für seine Werte und Interessen einzutreten, wenn es mit einheitlicher und deutlicher Stimme spricht. Das setzt ein Deutschland voraus, das die Kerninteressen seiner Nachbarn im Blick hat und diese ernst nimmt. Eine europäische Außenpolitik à la carte darf nicht sein – das heißt in bestimmten Bereichen, wie der Migrationspolitik, nach gemeinsamen europäischen Lösungen rufen, während man andere Bereiche, wie anfangs im Falle Nord Stream 2, der europäischen Zuständigkeit zu entziehen versucht. Aber Berlin muss auch klarstellen, dass Europa nicht „weltpolitikfähig“⁴⁹ werden kann, wenn jede einzelne Regierung gemeinsames Handeln durch ihr Veto blockieren kann. Anders gesagt: Den europäischen Imperativ zum Leitmotiv zu machen, darf Deutschland nicht als Aufruf verstehen, sich mit einem Europa des kleinsten gemeinsamen Nenners abzufinden. Stattdessen sollte es drei Maßnahmen ergreifen.

Erstens sollte Berlin, wie von zahlreichen deutschen Politikern angeregt, dafür werben, auch in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden. Dafür sollte es, in einem ersten Schritt, freiwillig auf sein eigenes Vetorecht verzichten. Kritische Zungen mögen darauf verweisen, dass das Risiko, überstimmt zu werden, für Deutschland überschaubar ist.

Das Signal, das von einem solchen Schritt ausginge, ist trotzdem nicht zu unterschätzen.⁵⁰ Zweitens sollte Deutschland ernsthaft darüber nachdenken, wie es die Kosten des Vetogebruchs für andere EU-Mitglieder in die Höhe treiben kann. Der eigene Vetoverzicht trägt hierzu sicherlich bei, er reicht aber bei weitem nicht aus. Und drittens muss Deutschland in Fällen, wenn das Konsensgebot die EU zur Handlungsunfähigkeit verdammt, bereit sein, mit einer kritischen Masse gleichgesinnter europäischer Partner voranzuschreiten – auch gegen den Widerstand einzelner Staaten. In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist der Bedarf besonders dringlich: **Deutschland darf sich nicht hinter fehlendem europäischem Konsens verstecken, sondern muss aktiv Partner suchen, die eine ambitionierte Agenda für Europa teilen.** Die deutsch-französische Partnerschaft, die sich kürzlich im wirtschaftlichen Bereich bewährt hat, muss auch in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wiederbelebt werden. Wenn Deutschland es mit dem europäischen Imperativ ernst meint, darf es nicht voranpreschen, ohne sich mit seinen europäischen Partnern abzustimmen und deren Bedürfnisse ernst zu nehmen. Es darf aber ebenso wenig zulassen, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten Schritte verhindern, die dem Ziel dienen, Europas Handlungsfähigkeit in Zeiten radikalen globalen Wandels zu stärken.

Um europäische Werte und Interessen zu schützen, muss Berlin die Beziehungen auch mit Partnern jenseits der EU pflegen. Nach dem Brexit ist es Deutschlands Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU so eng und belastbar wie möglich bleiben. Und gemeinsam mit Frankreich muss Deutschland Wege suchen, das Vereinigte Königreich so eng wie möglich einzubinden.

„Ich sehe Europa und gerade mein Land in der Pflicht, mehr Handlungsfähigkeit und mehr Willen zum Handeln zu entwickeln. Denn wir Deutsche und Europäer blicken auf eine strategische Lage, die immer stärker von der Konkurrenz großer Mächte bestimmt wird.“⁵³

Annegret Kramp-Karrenbauer
Münchner
Sicherheitskonferenz,
15. Februar 2020

Deutschland kann und muss alles dafür tun, Europas außenpolitisches Profil zu schärfen. Langwierige Diskussionen über die Bedeutung von „strategischer Autonomie“ oder „europäischer Souveränität“ sind dabei nicht zielführend. Was wirklich drängt, sind konkrete Schritte zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit. Europas fehlender Einfluss auf den Verlauf von Konflikten, die seine eigenen Interessen berühren – vor allem in Syrien und Libyen –, war in der jüngsten Vergangenheit schmerzhaft sichtbar. Die Europäer verweisen gerne auf die USA und kritisieren deren Rückzug aus ihrer traditionellen Führungsrolle. Ihr eigenes Verhalten aber ist mindestens genauso stark von Ohnmacht und Selbstbezogenheit geprägt.⁵¹ „Westlessness“⁵², eine Welt, die weniger westlich ist, ist auch das Resultat europäischer Unfähigkeit, die eigenen Kerninteressen zu verteidigen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat eine „geopolitische Kommission“⁵⁴ versprochen, Josep Borrell argumentiert, dass Europa die „Sprache der Macht“⁵⁵ neu erlernen muss. Die Mitgliedstaaten sind nun in der Pflicht, diese hoch gesteckten Ziele mit konkreter Bedeutung zu füllen.

Klar ist dabei: **Die EU kann die Sprache der Macht nur lernen, wenn Deutschland dies tut.** Auch in Zeiten des Großmachtwettbewerbs lohnt es sich, das

europäische Modell multilateraler Kooperation zu verteidigen, das auf wechselseitigen Vorteil bedacht ist, und regelbasierte Ordnungsmodelle zu stärken. In Zukunft muss dies aber aus einer Position der Stärke heraus geschehen, die Gegenseitigkeit zur Bedingung macht – wohlwissend, dass andere Akteure das europäische Weltbild nicht teilen. Sogar die Vereinigten Staaten – konfrontiert mit neuen starken Gegnern, die das demokratische Modell klar herausfordern – müssen sich derzeit neu orientieren. Die EU, gegründet, um das „Jeder-gegen-Jeden“ zu überwinden, tut sich mit der neuen Ära des Großmachtwettbewerbs aber bedeutend schwerer.⁵⁶ Die Europäer – und die Deutschen ganz besonders – verabscheuen zurecht die politischen Mittel, die hier traditionell zum Einsatz kommen. Europa wie auch Deutschland müssen jedoch lernen, Angriffe auf ihre zentralen Werte und Interessen entschiedener und wirksamer zu beantworten. Denn welche Botschaft strahlt es aus, wenn wiederholte Attacken auf Parlamente oder Wahlen – immerhin die wichtigste kritische Infrastruktur liberaler Demokratien – kaum Konsequenzen nach sich ziehen? Nur mit Deutschlands Hilfe kann Europa unmissverständlich klar machen, dass es sich von anderen Mächten nicht herumschubsen lässt – dass es über die Mittel für eine deutliche Antwort verfügt und nicht zögern wird, von diesen Gebrauch zu machen.

Deutschland ist nun Europas unverzichtbare Macht: Wir sollten uns schnell daran gewöhnen

Damit kein Missverständnis aufkommt: Ja, Deutschland muss eine Führungsrolle übernehmen, die den europäischen Imperativ zum Maßstab allen Handelns macht. Das heißt aber nicht, dass Berlin alleine führen soll. Das kann es nicht tun – und wird es nicht tun. Deutschland bleibt weiterhin auf seine europäischen Partner angewiesen, ganz besonders auf Frankreich. Was Europa jetzt aber braucht, ist ein „europäisches Deutschland“, wie Thomas Mann es formulierte. Ein Deutschland, das seine Grenzen kennt, sich seines Einflusses in Europa aber ebenso deutlich bewusst ist. „Italiens Zukunft liegt in deutschen Händen“ – so drastisch formulierte es ein kürzlich erschienener Beitrag.⁵⁷ Deutschen Politikern und der deutsche Gesellschaft aber scheint oft gar nicht klar zu sein, wie sehr Entscheidungen und Handeln Berlins das Schicksal der eigenen Nachbarn und Partner prägen.

Deutsche Führung, die den europäischen Imperativ zu ihrem Leitmotiv macht, antizipiert und berücksichtigt die Folgen deutschen Handelns und deutscher Entscheidungen für ganz Europa. Wichtiger noch: Sie misst alle Entscheidungen an dem Anspruch, sie mögen der Stärkung Europas dienen. [Wenn Berlin all seine Kraft in den Dienste Europas stellt, kann es zur „Enabling Power“ werden – von der „Möchte-nicht-so-gern-Macht“ zur „Möglich-Macher-Macht“ Europas.](#) Wenn Deutschland dies gelingen sollte, dann würde es eben jene Führungsmacht werden, die seine Partner sich nicht erst seit gestern wünschen: eine moderne, visionäre und aufgeklärte europäische Macht.

Nachweise

- 1 David Bachmann et al., „More European, More Connected and More Capable. Building the European Armed Forces of the Future“, München/Berlin: Münchner Sicherheitskonferenz, McKinsey & Company und Hertie School of Governance, November 2017, <https://perma.cc/KAG2-DVPC>.
- 2 Ben Barry et al., „Defending Europe: Scenario-based Capability Requirements for NATO's European Members“, London: The International Institute for Strategic Studies (IISS), 10. Mai 2019, <https://perma.cc/GG9Y-ZZK5>.
- 3 Jean-Claude Juncker, „Speech by President Jean-Claude Juncker at the Opening Plenary Session of the Ideas Lab 2018 'Europe – Back on Track' of the Centre for European Policy Studies“, Brüssel, 22. Februar 2018, <https://perma.cc/J7JT-DH7U>, eigene Übersetzung.
- 4 Wolfgang Ischinger und Boris Ruge, „Für Europa ist es eine Überlebensfrage“, Zeit Online, 2. April 2020, <https://perma.cc/N3SW-FYQG>.
- 5 Tobias Bunde et al., „Gefragt in der COVID-19-Welt: Europäische Führung“, Peacelab, 27. April 2020, <https://perma.cc/CY3E-EUX3>.
- 6 Heather Conley, „An Eroding European Union“, Washington, DC: Center for Strategic and International Studies, 6. April 2020, <https://perma.cc/CE46-B95K>, eigene Übersetzung.
- 7 Henrik Enderlein, „Jeder stirbt für sich allein“, Der Spiegel, 14. April 2020, <https://perma.cc/4Z63-NFY4>.
- 8 Angela Merkel, „Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen der Veranstaltung ‚Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft‘ der Konrad-Adenauer-Stiftung“, Berlin, 27. Mai 2020, <https://perma.cc/F4TR-WS69>.
- 9 Giordano Mion und Dominic Ponattu, „Estimating Economic Benefits of the Single Market for European Countries and Regions“, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, Mai 2019, <https://perma.cc/U7B2-LXPY>; Alessandro Gasparotti und Matthias Kullas, „20 Years of the Euro: Winners and Losers“, Freiburg: Centrum für Europäische Politik, Februar 2019, <https://perma.cc/9G9F-QHA5>.
- 10 Mion und Ponattu, „Estimating Economic Benefits“.
- 11 Frank-Walter Steinmeier, „Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz“, 14. Februar 2020, <https://perma.cc/V2CK-Q79K>.
- 12 Illustration der Münchner Sicherheitskonferenz auf Basis von Eurostat, „Intra-EU Trade in Goods - Main Features“, April 2020, <https://perma.cc/5PGH-ANRS>.
- 13 Robert Kagan, „The New German Question. What Happens When Europe Comes Apart?“, Foreign Affairs 98, Nr. 3 (Mai/Juni 2019), <https://perma.cc/3RBH-KNQP>; Hans Kundnani, „We Need to Talk About Germany“, Foreign Affairs 98, Nr. 5 (September/Oktober 2019), <https://perma.cc/78PH-3TBM>.
- 14 Illustration der Münchner Sicherheitskonferenz auf Basis von Daten, die von Gallup World Poll zur Verfügung gestellt wurden. Die EU umfasst alle 28 Mitgliedstaaten mit Ausnahme Deutschlands; die Visegrád Staaten umfassen Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn; die ‚Allianz des europäischen Südens‘ umfasst Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern; und die ‚Sparsamen Vier‘ umfassen Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden.
- 15 Simon Bulmer, „Deutschland in der EU: Europas unverzichtbarer Hegemon?“, integration 49, Nr. 1 (April 2019), <https://perma.cc/Z8LF-CGUP>.
- 16 Josep Borrell, „Eröffnungsvortrag des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, zur 18. Konferenz der Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen“, 25. Mai 2020, <https://perma.cc/P9NW-RBLK>, eigene Übersetzung.
- 17 Radoslaw Sikorski, „I Fear Germany's Power Less Than Her Inactivity“, Financial Times, 28. November 2011, <https://perma.cc/4XNW-K5MV>.
- 18 Henry Kissinger, „Kissinger: Great Things Cannot Be Achieved Without Some Sacrifice of the Present for the Needs of the Future“, Atlantic Council, 3. Oktober 2015, <https://perma.cc/C4W8-WAR7>, eigene Übersetzung.
- 19 Außenminister Heiko Maas verwendete den Begriff in seiner Rede zur Eröffnung der diesjährigen Botschafterkonferenz. Siehe Heiko Maas, „Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Eröffnung der 18. Konferenz der Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen“, Berlin, 25. Mai 2020, <https://perma.cc/7XC3-8Z2W>.
- 20 Maas, „Eröffnung der 18. Konferenz“.
- 21 Enderlein, „Jeder stirbt für sich allein“; Wolfgang Ischinger und Boris Ruge, „Für Europa ist es eine Überlebensfrage.“
- 22 Elisabeth Braw, „Forget Washington and Beijing. These Days Global Leadership Comes From Berlin“, Foreign Policy, 28. April 2020, <https://perma.cc/26RZ-BKEL>.
- 23 Cornelius Adebahr, „Beyond European Crisis Management – Germany Needs a Post-Coronavirus Vision“, Ludwigfelde: Stiftung Genshagen, 25. Mai 2020, <https://perma.cc/UBT5-EMD4>.
- 24 Europäische Kommission und Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, „Tackling COVID-19 Disinformation – Getting the Facts Right, Joint Communication to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions“, Brüssel, 10. Juni 2020, <https://perma.cc/6A64-4CS3>, S. 3.
- 25 Europäische Kommission, „Spring 2020 Economic Forecast: A Deep and Uneven Recession, an Uncertain Recovery“, 6. Mai 2020, <https://perma.cc/YU5Y-JVBY>.
- 26 Francesco Bechis, „Se gli italiani preferiscono la Cina agli Usa (e alla Ue)“, Formiche, 21. April 2020, <https://perma.cc/B2VM-KTFM>.

- 27 Redazione DiRE, „Sondaggio Dire-Tecnè: aumentano gli italiani che vorrebbero uscire dall'Ue“, DiRE, 4. April 2020, <https://perma.cc/FPC8-S6HN>.
- 28 Timothy Garton Ash, „Die Krise kann Europa stärken – wenn Deutschland das Nötige tut“, Der Tagesspiegel, 7. April 2020, <https://perma.cc/5DLP-V6UJ>.
- 29 Steinmeier, „Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz.“
- 30 Anna Diamantopoulou, „Five Ways That the Coronavirus Should Transform the EU“, European Council on Foreign Relations, 3. Juni 2020, <https://perma.cc/TC6M-Q5VK>, eigene Übersetzung.
- 31 Harald Christ, „Warum Italiens Rettung vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch alternativlos ist“, Handelsblatt, 4. April 2020, <https://perma.cc/MZA6-UDB5>.
- 32 Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, „Oettinger zu EU-Finanz nach 2020: Nettozahler-Debatte ist zunehmend sinnentleert“, 14. Februar 2018, <https://perma.cc/E3CQ-SRUL>; Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, „Mythos: Wir Deutsche zahlen für den Rest Europas“, 9. Mai 2019, <https://perma.cc/ZG6Y-ZBRN>.
- 33 Johannes Hillje und Christine Pütz, „Selbstverständlich europäisch! 2020. Der Auftrag für die EU-Ratspräsidentschaft“, Heinrich-Böll-Stiftung/Das Progressive Zentrum, März 2020, <https://perma.cc/9ZA4-M6AM>, S. 8.
- 34 Im Herbst veröffentlicht die Münchner Sicherheitskonferenz eine Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die auch die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu diesem Themenfeld näher in den Blick nimmt.
- 35 Philipp Rotmann, Sarah Bressan und Sarah Brockmeier, „New Expectations: Generation Z and Changing Attitudes on German Foreign Policy“, Berlin: Global Public Policy Institute, Mai 2020, <https://perma.cc/QD3N-MVYL>, S. 2.
- 36 Alessandro Pellegata, „Mass Vs Elites #7: Elites Evaluate Germany's Role During the Crisis“, EuVisions, 5. März 2019, <https://perma.cc/3SZH-8GVZ>.
- 37 Illustration der Münchner Sicherheitskonferenz auf Basis von Europäische Kommission, „Monitoring the Application of European Union Law. Annual Report 2018“, Juli 2019, <https://perma.cc/33ER-CHGJ>.
- 38 Gemeinsamer Brief an Josep Borrell und ihre europäischen Kolleginnen und Kollegen von Florence Parly, Annegret Kramp-Karrenbauer, Margarita Robles Fernández und Lorenzo Guerini, Mai 2020, abrufbar unter <https://perma.cc/7WML-2H2B>.
- 39 Sophia Besch und Christian Odendahl, „The Good European? Why Germany's Policy Ambitions Must Match Its Power“, Centre For European Reform, Februar 2020, <https://perma.cc/7HZW-7C59>.
- 40 Josep Borrell, „Embracing Europe's Power“, Project Syndicate, 8. Februar 2020, <https://perma.cc/C35M-H99G>.
- 41 Besch und Odendahl, „The Good European.“
- 42 Robert Zoellick, „German Reunification Gave Europe Strategic Purpose“, Financial Times, 29. Oktober 2019, <https://perma.cc/7LU9-L67D>, eigene Übersetzung.
- 43 Thomas Kleine-Brockhoff und Hanns W. Maull, „Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht“, Internationale Politik 66, Nr. 6 (November/Dezember 2011), <https://perma.cc/3PA8-EFTN>.
- 44 Thomas Kleine-Brockhoff und Hanns W. Maull, „Der überforderte Hegemon.“
- 45 Andreas Kluth, „Why Germany Will Never Be Europe's Leader“, Bloomberg Opinion, 30. April 2020, <https://perma.cc/W57X-3GZF>, eigene Übersetzung.
- 46 Hillje und Pütz, „Selbstverständlich europäisch“, S. 30.
- 47 Hillje und Pütz, „Selbstverständlich europäisch“, S. 3.
- 48 Illustration der Münchner Sicherheitskonferenz auf Basis von Hillje und Pütz, „Selbstverständlich europäisch“. Die Daten basieren auf einer repräsentativen Online-Umfrage, die im Januar 2020 durchgeführt wurde.
- 49 Jean-Claude Juncker, „Rede von Präsident Jean-Claude Juncker anlässlich der 54. Münchner Sicherheitskonferenz“, 17. Februar 2018, <https://perma.cc/2EVA-Z44Q>.
- 50 Ein Überblick über nationale Präferenzen hinsichtlich qualitativer Mehrheitsentscheidungen und alternative Wege hin zu größerer europäischer Handlungsfähigkeit findet sich bei Nicole Koenig, „Qualified Majority Voting in EU Foreign Policy: Mapping Preferences“, Berlin: Hertie School – Jacques Delors Centre, 10. Februar 2020, <https://perma.cc/9VA4-7DKY>.
- 51 Gideon Rachman, „End of the American Era in the Middle East“, Financial Times, 30. Dezember 2019, <https://perma.cc/JRT8-RJ63>.
- 52 Tobias Bunde et al., „Munich Security Report 2020: Westlessness“, München: Münchner Sicherheitskonferenz, <https://perma.cc/7NHA-ZLV9>.
- 53 Annegret Kramp-Karrenbauer, „'Defending the West.' Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Münchner Sicherheitskonferenz“, München, 15. Februar 2020, <https://perma.cc/YB5L-5TSQ>.
- 54 Europäische Kommission, „The von der Leyen Commission: For a Union That Strives For More“, Brüssel, 10. September 2019, <https://perma.cc/59DV-Z4XK>.
- 55 Borrell, „Embracing Europe's Power.“
- 56 Zaki Laïdi, „Can Europe Learn To Play Power Politics?“, London: Centre for European Reform, <https://perma.cc/Y6UD-UL5U>.
- 57 Silvia Sciorilli Borrelli und Matthew Karnitschnig, „Italy's Future Is in German Hands“, Politico, 2. April 2020, <https://perma.cc/7FAP-N5AG>.

Die Autoren

Dr. Tobias Bunde ist Leiter Politik & Analyse der Münchner Sicherheitskonferenz und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for International Security der Hertie School in Berlin.

Dr. Sophie Eisentraut ist Senior Policy Advisor bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Autoren danken Laura Hartmann, Franziska Stärk und Ulrike Strauß für ihre bedeutende Unterstützung bei der Fertigstellung dieses Munich Security Brief.

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Zusätzlich zur jährlichen Hauptkonferenz richtet die MSC regelmäßig hochkarätig besetzte Veranstaltungen überall auf der Welt aus. Die MSC veröffentlicht den Munich Security Report und weitere Publikationen zu spezifischen Sicherheitsthemen.

Die Munich Security Briefs

Mit ihren Munich Security Briefs leistet die MSC einen Beitrag zu aktuellen Debatten im breiten Themenspektrum internationaler Sicherheit. Die Briefs, die deutlich kürzer als der Munich Security Report sind, liefern einen Überblick über das betreffende Thema und analysieren seine politische Bedeutung und strategischen Implikationen. Die Briefs geben die Auffassung ihrer Autorinnen und Autoren wieder, nicht notwendigerweise die der Münchner Sicherheitskonferenz.

Impressum

Herausgeber:

Botschafter Wolfgang Ischinger, Botschafter Boris Ruge,
Dr. Benedikt Franke

Produktion:

Laura Hartmann, Franziska Stärk, Ulrike Strauß

Design:

MetaDesign

Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH
Karolinenplatz 3
80333 München

www.securityconference.org
research@securityconference.org

Besuchen Sie uns auf unserer Webseite, in unserer App oder auf unseren Social Media Kanälen: www.linktr.ee/MunSecConf

Sollten Sie Teile des Munich Security Brief reproduzieren wollen, nennen Sie bitte die Originalquelle und konsultieren die Organisation oder Institution, von der der betreffende Beitrag stammt.

Empfohlene Zitierweise: Tobias Bunde/Sophie Eisentraut:
Die Möglich-Macher-Macht. Deutschlands europäischer Imperativ (Munich Security Brief, Juli 2020), München: Münchner Sicherheitskonferenz.

Dieser Munich Security Brief ist ursprünglich auf Englisch unter dem Titel „The Enabling Power. Germany's European Imperative“ erschienen und auf der Webseite der Münchner Sicherheitskonferenz erhältlich.